

Marie-Luise Dött

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umwelt- und Baupolitische Sprecherin der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

25.04.2017

Für eine starke Rente

Bevor die unruhige Zeit des Wahlkampfes ansteht, bringen wir Ruhe in das komplizierte Thema Rente. Hierbei sind zwei Gesetzentwürfe für höhere Erwerbsminderungsrenten und für ein bundesweit einheitliches Rentenrecht, die wir in dieser Sitzungswoche in erster Lesung beraten haben, wesentlich. Ein einheitliches Rentenrecht in Ost und West vollendet die Deutsche Einheit bis 2025. Das Rentenrecht ist somit das letztes der Sozialsysteme, das vereinheitlicht wird.

Grundsätzlich steht für die CDU Deutschlands eine zukunftsfeste Alterssicherung auf drei Säulen: der gesetzlichen Rentenversicherung, der betrieblichen und der privaten Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung wird dabei für viele Menschen auch in Zukunft eine tragende Säule bleiben.

Und: Es geht um Armutsprävention. Wir weiten die Leistungen für diejenigen weiter spürbar aus, die aus gesundheitlichen Gründen frühzeitig in Rente gehen und mit Altersarmut rechnen müssen – und zwar schon zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode. Die Reform stellt alle besser, die ab Anfang 2018 neu in eine Erwerbsminderungsrente gehen. Die Renten dieser rund 1,8 Millionen Menschen werden künftig so berechnet, als ob sie bis 65 Jahre mit ihrem durchschnittlich verdienten Einkommen weiter gearbeitet hätten. D.h.: Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, für den gibt es die Erwerbsminderungsrente. Wer nach Unfall oder Krankheit im Beruf aufhören muss, erhält künftig somit mehr Berufsjahre angerechnet. Die sogenannte Zurechnungszeit wird von 2018 bis 2024 stufenweise von 62 auf das 65. Lebensjahr angehoben. Die bestehenden Abschläge bleiben unverändert. Die Erfolge der Rentenpolitik der letzten 15 Jahre werden damit nicht gefährdet.

Aktuell sind nur etwas mehr als drei Prozent der Rentnerinnen und Rentner auf zusätzliche Leistungen der Grundsicherung zur Vermeidung von Altersarmut angewiesen. Um das Vertrauen der akti-

ven Generation von heute in das System der gesetzlichen Rentenversicherung zu erhalten, muss die Zusicherung eines Mindestrentenniveaus über 2030 hinaus verlängert werden. Gleichzeitig muss die Solidargemeinschaft der Beitragszahler auch über 2030 hinaus vor finanzieller Überforderung geschützt werden. Um den sozialen Schutz von Selbstständigen zu verbessern, wollen wir eine Altersvorsorgepflicht für alle Selbstständigen einführen, die nicht bereits anderweitig abgesichert sind. Dabei sollen sie zwischen der gesetzlichen Rentenversicherung und anderen geeigneten Vorsorgearten wählen können.

Mit der Flexi-Rente haben wir den Renteneintritt sicherer und flexibler gestaltet, auch vor der Regelaltersgrenze: Wer vorzeitig in Rente geht, kann mit zusätzlicher Arbeit sein Einkommen erhöhen. Bisher werden Teilrenten und Abzüge kompliziert berechnet. Dies entfällt künftig. An diese Stelle tritt ein flexibles, stufenloses Anrechnungsmodell für den Zusatzverdienst.

Für eigene Rücklagen in Betriebsrenten, Riesterrenten und anderer Altersvorsorge führen wir noch in dieser Legislaturperiode Freibeträge bei der Grundsicherung im Alter ein. Das heißt, mit diesen Rücklagen hat man immer mehr als nur die Grundsicherung. Damit lohnt sich Sparen für das Alter in jedem Fall. Die Grundzulage bei der Riesterrente heben wir darüber hinaus an und führen bei der betrieblichen Alterssicherung einen Steuerzuschuss für geringverdiener ein.

Zudem wollen wir jungen Familien verstärkt bei der Bildung von Vermögen und Eigentum helfen, damit sie einfacher als bisher selbstgenutztes Wohneigentum erwerben können. Dies ist der beste Schutz gegen spätere Altersarmut.

Rechtssicherheit durch Datenschutzgesetz

Der Deutsche Bundestag hat Donnerstag abschließend über das Datenschutz-Anpassungs- und Umsetzungsgesetz getagt. Dazu erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Stephan Mayer: "Die Angleichung unseres nationalen Datenschutzrechts an die europarechtlichen Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung sorgt für die Vereinheitlichung des Datenschutzes im EU-Binnenmarkt. Zugleich reagiert sie auf die Herausforderungen, vor die die fortschreitende Digitalisierung auch den Datenschutz stellt. Um das Ziel der EU-weiten Harmonisierung nicht zu gefährden, haben wir die zahlreichen Öffnungsklauseln, die die Datenschutzgrundverordnung für den nicht-öffentlichen Bereich bereithält, mit Augenmaß gestaltet. Die Nutzung dieser Spielräume wurde zugunsten der Betroffenen und der privaten Wirtschaft mit ihren etablierten Geschäftsmodellen vorgenommen. (dpa)

Kriminalität steigt - Einbruchszahlen sinken

Die in dieser Woche von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière vorgestellte Polizeiliche Kriminalstatistik 2016 offenbart, dass die Anzahl der Straftaten gegenüber dem Vorjahr auf 6,373 Mio. gestiegen ist, dies bedeutet einen leichten Anstieg um 0,7 %. Die Aufklärungsquote ist konstant geblieben bei 56,2 %. Traditionell besonders hoch lag die Aufklärungsquote bei Tötungsdelikten mit 94,6 %. In einzelnen Deliktsbereichen gibt es günstige Entwicklungen: So sind die Einbruchszahlen um 9,5 % auf 151.265 Fälle gesunken und erreichen damit etwas das Niveau des Jahres 2014, das seinerzeit einen Höchstwert seit 10 Jahren darstellte. Der Anteil der versuchten Einbrüche (von allen Einbrüchen) erreicht mit 44 % einen neuen Höchststand. Das zeigt, dass sich Prävention lohnt und wir mit dem von uns eingeführten KfW-Förderprogramm für Sicherheitsmaßnahmen wie sichere Fenster und Türen richtig liegen. Bei den Einbrüchen gibt es große regionale Unterschiede: Das Risiko, Opfer eines Einbruchs zu werden, ist in NRW und Schleswig-Holstein etwa fünfmal so groß wie in Bayern. Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben die schlechtesten Zahlen von allen Flächenländern, wenn man die Einbrüche in Relation zur Bevölkerung setzt. Auch gesunken ist die Anzahl der Ladendiebstähle, nämlich um 3,3 % auf 378.448 Fälle. Dagegen ist die Anzahl der Gewaltdelikte um 6,7 % auf 193.542 ebenso gestiegen wie Straftaten gegen das Waffengesetz (um 14,8% auf 34.443 Fälle). Rauschgiftdelikte legten um 7,1 % zu auf 302.594 Fälle. (Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik 2016)

Zahl der Woche

27 Prozent der Bundesbürger kennen persönlich jemanden, der schwarzarbeitet. Doch nur 2 Prozent geben zu,

selbst Schwarzarbeit geleistet zu haben. Mit diesem großen Unterschied stehen die Deutschen nicht alleine da, wie eine IW-Studie auf Basis einer Eurobarometer-Umfrage zeigt: Im EU-Durchschnitt bezeichnen sich lediglich 4 Prozent der Befragten als Schwarzarbeiter, aber 32 Prozent kennen wenigstens eine Person, die am Staat vorbeiwirtschaftet. Am höchsten ist dieser Anteil mit 59 Prozent in Dänemark, am niedrigsten in Großbritannien (15 Prozent). Die tatsächliche Zahl der Schwarzarbeiter ist jedoch schwer zu ermitteln. In Deutschland würden dem Eurobarometer zufolge nur 1,3 Millionen Menschen schwarzarbeiten. Frühere Umfragen, die besonderen Wert auf Anonymität legten, kamen dagegen auf 13 Millionen. (iwd.de/schwarzarbeit)

Arbeiten bei der EU

Bewerber aus Deutschland werden unterstützt In den EU-Institutionen gibt es viele interessante Arbeitsplätze. Für zahlreiche Berufsgruppen bieten sich in EU-Kommission, Europäischem Parlament, Ministerrat, Europäischem Gerichtshof, Wirtschafts- und Sozialausschuss und anderen Institutionen spannende Karrieremöglichkeiten in internationalem Umfeld. Um EU-Beamtin oder Beamter zu werden, muss man erfolgreich an einem Auswahlverfahren des Europäischen Amtes für Personalauswahl (EPSO) teilnehmen. Die Verfahren (Concours) für Generalisten mit mindestens Bachelorabschluss finden normalerweise einmal pro Jahr statt, daneben gibt es bei Bedarf Auswahlverfahren für verschiedene Spezialisten. Das diesjährige allgemeine Auswahlverfahren wurde am 30. März gestartet. Um eine angemessene deutsche Präsenz in den EU-Institutionen zu wahren, unterstützt das Auswärtige Amt Bewerberinnen und Bewerber durch Informationsveranstaltungen, Vorbereitungskurse, Webinare und Coachings bei der Teilnahme am Concours. Weitere Informationen und Termine finden sich auf folgender Internetseite: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/AusbildungKarriere/Europa/Concours/Auswahlverfahren_node.html

Zitate

„Gott sucht Nachfolger, keine Follower.“ (Der Augsburger Bischof Konrad in seiner Osterpredigt am Ostersonntag)

„Für viele Forscher und Politiker ist Spracherwerb plus Arbeitsplatz minus Kriminalität gleich Integration. Das ist zu wenig.“ (Es gehöre auch eine stärkere kulturelle Integration dazu, so der Psychologe Ahmad Mansour in der Tageszeitung „Die Welt“ vom Mittwoch zum Thema Integration)